



Branchenverband  
Cannabiswirtschaft e.V.

# Benachteiligung von Hanfunternehmen durch Zahlungsdienste und Banken

Zusammenfassung der BvCW-Umfrageergebnisse

**ELEMENTE**

Materialien zur Cannabiswirtschaft  
Band 17

Aufgrund von Berichten über teils erhebliche Probleme mit Zahlungsdienstleistern und Banken haben wir eine Umfrage unter Unternehmen und Gewerbetreibenden durchgeführt, um das Ausmaß der Probleme und den daraus resultierenden Handlungsbedarf besser einschätzen und belegen zu können. Diese Ergebnisse dienen zugleich als weitere Grundlage unserer Argumentation gegenüber Wirtschaft, Politik und Medien. Dies ist die Zusammenfassung der Umfrageergebnisse. Die Langfassung ist für BvCW-Mitglieder kostenfrei verfügbar.

## **Inhaltsverzeichnis:**

1. Rahmenbedingungen .....	3
2. Anteil betroffener Unternehmen und Gewerbetreibenden .....	3
3. Übersicht von Anbietern mit Einschränkungen und Auflagen für die Cannabiswirtschaft.....	4
4. Wirtschaftliche Schäden .....	5
5. Bisherige Lösungs(um)wege .....	6
6. Bewertung rechtlicher Änderungsmöglichkeiten .....	7
7. Teilnehmerkreis .....	8
8. Bewertung der Relevanz der Wirtschaftsverbandsarbeit.....	8
9. Zusammenfassung.....	9
10. Konsequenzen .....	10

### ***Impressum:***

ELEMENTE - Materialien zur Cannabiswirtschaft  
Schriftenreihe des Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V. (BvCW)  
Herausgeber: BvCW e.V., Marienstr. 30, 10117 Berlin  
Verantwortlich: Jürgen Neumeyer  
Band: 17 - Benachteiligung von Hanfunternehmen durch Zahlungsdienste und Banken - Zusammenfassung der BvCW-Umfrageergebnisse - Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V.  
Redaktionsschluss: 19.08.2021



# 1. Rahmenbedingungen

Diese Umfrage wurden den Fachbereich Technik, Handel und Dienstleistungen (THD) des BvCW e. V. initiiert. Zur Vorbereitung wurden im Vorfeld mehrere Experteninterviews mit Geschäfts- und Fachleuten aus der Cannabisbranche geführt.

Die Umfrage wurde Anfang Mai 2021 zu Testzwecken online gestellt und ab dem 10.05.2021 aktiv beworben. Sie endete am 31.05.2021. Zur Bewerbung nutzten wir unseren Presseverteiler, den Newsletter, unsere Kanäle auf den sozialen Medien sowie die direkte Anfrage per E-Mail. Wir danken zudem allen Beteiligten, die diese Umfrage in Ihrem Netzwerk teilten.

Die Fragestellung der Umfrage gab vor, dass es hier ausschließlich um Benachteiligungen bei eindeutig legalen Produkten geht. Als Beispiele hierfür wurden aufgeführt:

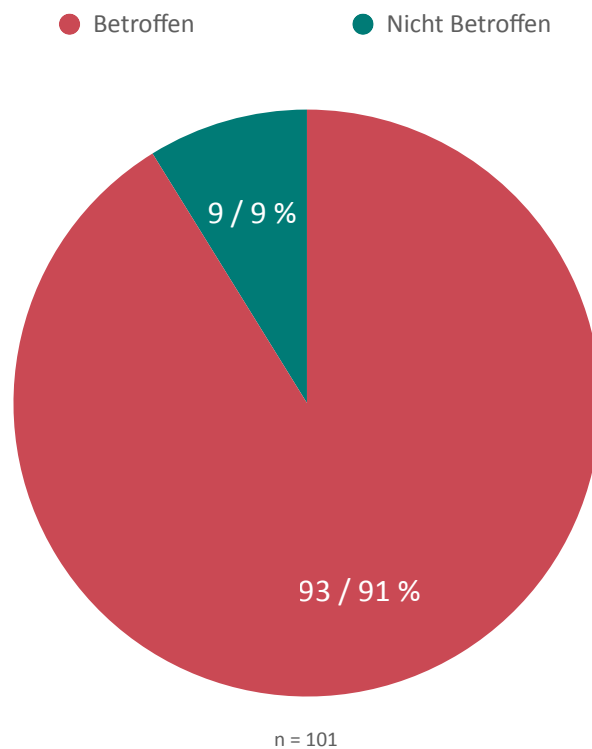
„*Samen bzw. Nüsse, Proteinpulver, Mehl, Trinkhanf, Limonaden, Süßigkeiten, Bier, Textilien, Baustoffe, Medizinisches Cannabis, Papiere, Werg, Speiseöl, ätherische Öle, technische Öle und Kosmetik*“

Zur Abgrenzung wurde folgende Beispiele für Produkte in rechtlichen Grauzonen vorgegeben:  
„*CBD-Blüten, Hanftee (jeweils mit Verkauf an Endverbraucher/innen)*“

# 2. Anteil betroffener Unternehmen und Gewerbetreibenden

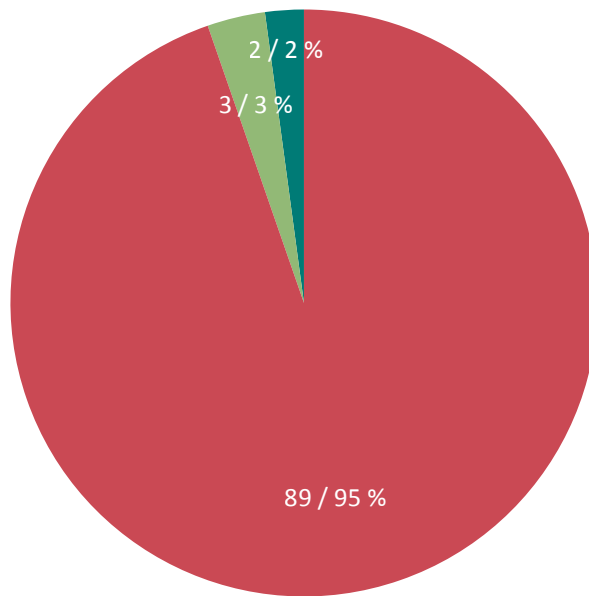
Mit 102 Teilnehmenden aus der Cannabiswirtschaft wurde eine hohe Beteiligung erreicht, was sich positiv auf die Aussagekraft der Ergebnisse auswirkt.

91 % der Teilnehmenden bestätigen, dass sie von Einschränkungen und Auflagen betroffen waren oder sind.



Bei 95 % der Betroffenen, die hierzu Angaben machten, bestehen die Einschränkungen fort:

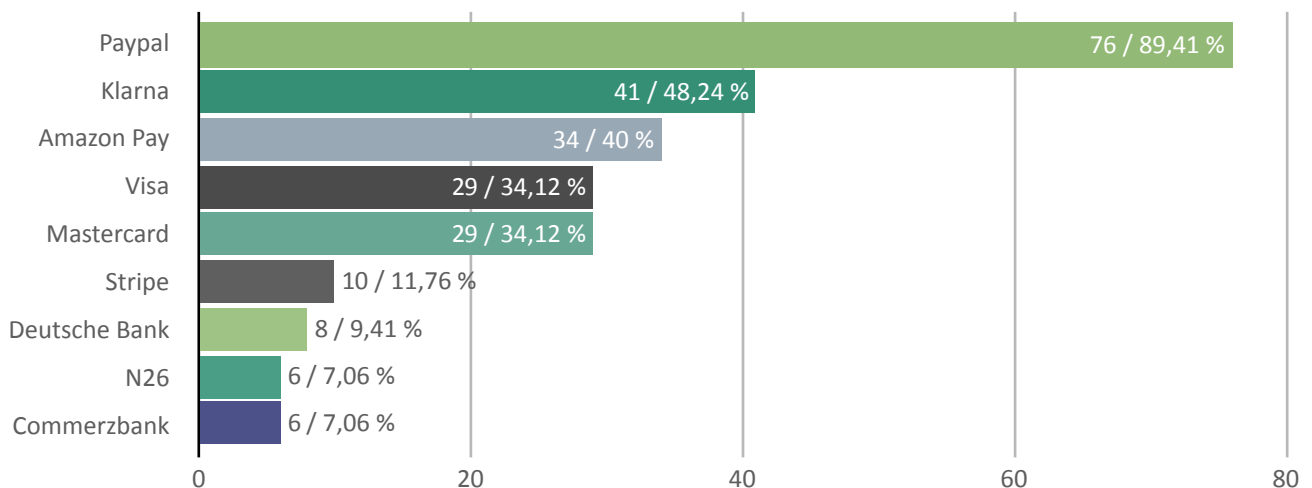
● Ja      ● Nein      ● Weiß Nicht



n = 94

### 3. Übersicht von Anbietern mit Einschränkungen und Auflagen für die Cannabiswirtschaft

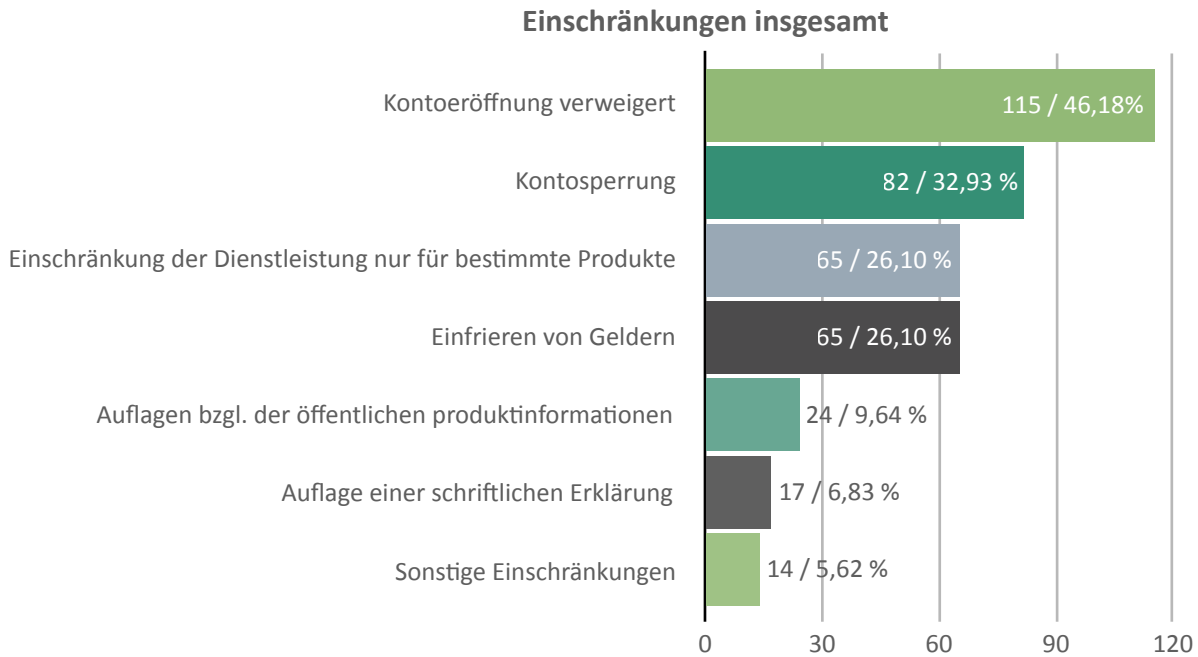
85 Teilnehmende teilten mit, bei welchen Banken und Zahlungsdiensten zurzeit weiterhin Einschränkungen oder Auflagen bezüglich ihrer eindeutig legalen Geschäfte bestehen:



n=85, je zweimal (2,35 %) wurden genannt: Ebay, Mollie, Shopify Payments, sonstige Kreditkarten; je einmal (1,18 %) wurden genannt: Paydirekt, TransferWise, Ayden, Sparkasse, Vereinte Volksbank Dorsten, Volksbank, iZettle, Payone, Barzahlen.de, Evo Payments, Dimoco

Bei dieser Frage wurden aufgrund der Erkenntnisse aus den Vorrecherchen acht Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Darüber hinaus bestand jedoch die Möglichkeit, über ein Freitextfeld weitere Anbieter zu benennen. Der Anbieter „Stripe“ wurde als einziger aus den nicht vorgegeben Antwortmöglichkeiten vergleichsweise häufig angegeben. Es ist nicht auszuschließen, dass dieser noch häufiger genannt worden wäre, wenn er bereits als Antwortmöglichkeit zum Ankreuzen vorgegeben worden wäre.

Bezüglich der acht vorgegebenen Antwortmöglichkeiten wurden genauere Angaben erhoben:

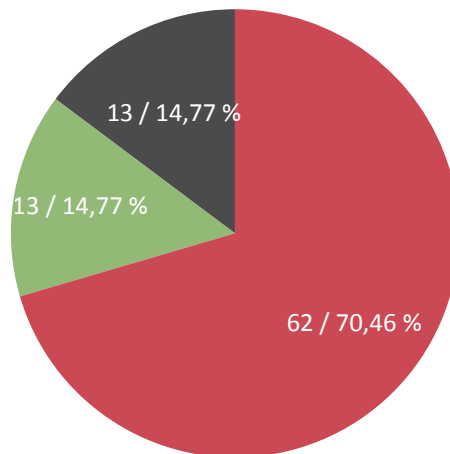


Die Übersicht zeigt, dass die häufigsten Schwierigkeiten nicht einzelne Aspekte betreffen, sondern durch die Verweigerung der Kontoeröffnung (46,94 %) und Kontosperrungen (33,47 %) die kompletten Geschäftsverbindungen seitens der Banken und Zahlungsdienste verweigert oder beendet werden.

#### 4. Wirtschaftliche Schäden

Die vorgenannten Einschränkungen führten bei den meisten Betroffenen zu wirtschaftlichen Einbußen:

● Geschädigt ● Nicht Geschädigt ● Weiß Nicht



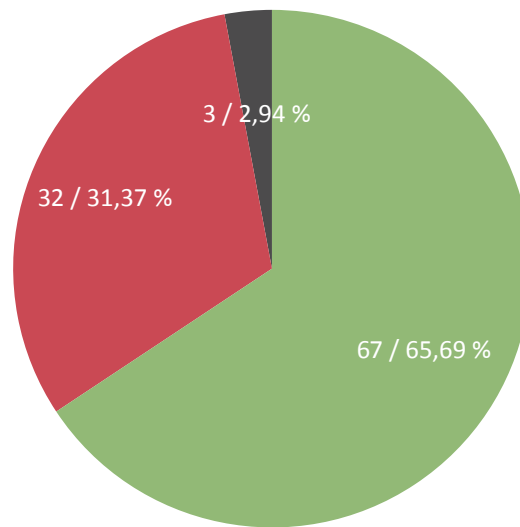
n = 88

Im Mittel beträgt der Schaden ca. 60.000 Euro pro Firma und in der Summe der Beteiligten rund 2,7 Millionen Euro. In der Fragestellung war keine zeitliche Einschränkung vorgegeben, es wird daher angenommen, dass die Befragten regulär den in den vergangenen Jahren kumulierten Gesamtschaden angegeben haben. Da der Kreis der Betroffenen deutlich größer sein dürfte als der Kreis der Teilnehmenden, ist davon auszugehen, dass der tatsächliche Gesamtschaden deutlich höher ausfällt.

## 5. Bisherige Lösungs(um)wege

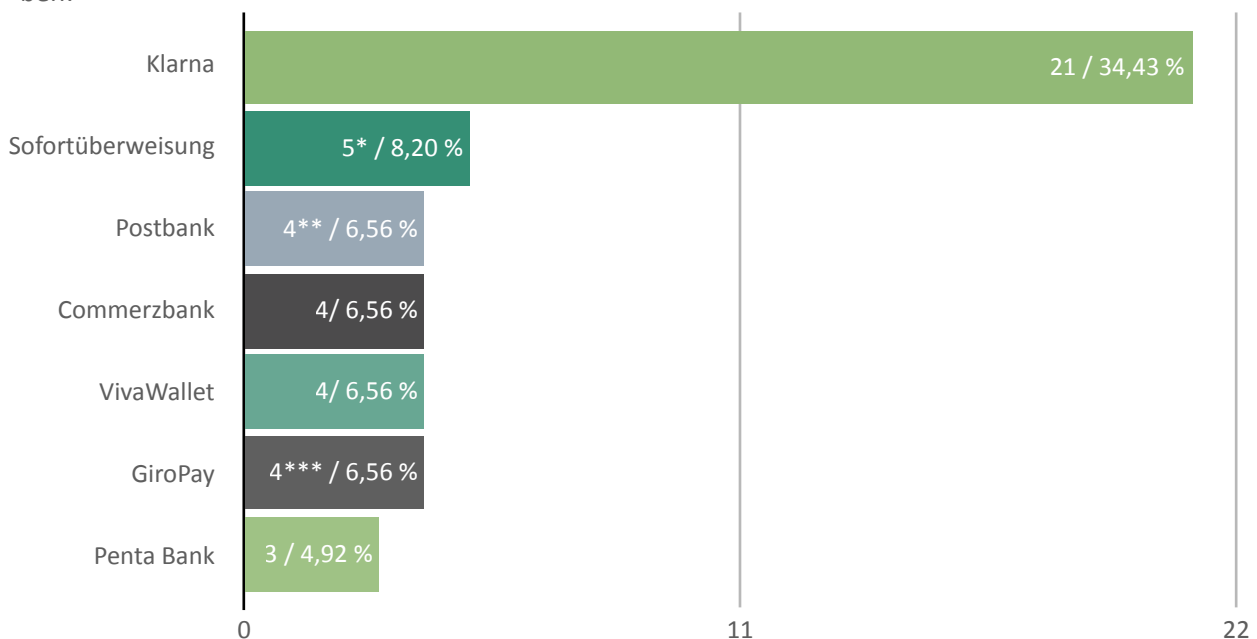
66,7 % der Befragten sind aufgrund der Probleme auf einen oder mehrere alternative Zahlungsanbieter und / oder Banken ausgewichen. Bei 31,4 % war das nicht der Fall:

● Ja ● Nein ● Weiß Nicht



n = 102

61 Befragte legten offen, welche Zahlungsanbieter und Banken Sie alternativ am häufigsten verwendet haben:



n=61; je zweimal (3,28 %) wurden genannt: UniCredit, N26, Triodos, Mollie, Wirecard, Regiobank Solothurn, Esquire Bank, GLS, Datatrans / Wallee, Volksbank, Apple Pay, Google Pay, Sparkasse; je einmal (1,64 %) wurden genannt: KSK Köln, PostFinance, Hobex, all4one pay, Sofort Zahlung, Volksbank Ruhr-Mitte, Volksbank Seesen, Paymorrow, Barzahlen.de, Dimoco, Clearhaus Quickpay, SIX Payments / Payone, Bezahlexperten, First Cash, Novalnet, Viva Pay, Weldpay, Bank Frick, Paypal, Payrexx, Kryptowährungen, Kreditkarte über Vermittler / Kreditkartenaquirierer; außerdem nannten 13 Befragte (21,31 %) klassische Zahlungsmethoden wie Vorkasse, Barzahlung, Kauf auf Rechnung & Nachnahme.

\* Der Service "Sofortüberweisung" wird betrieben von der Sofort GmbH. Das Unternehmen wurde 2014 von Klarna übernommen.

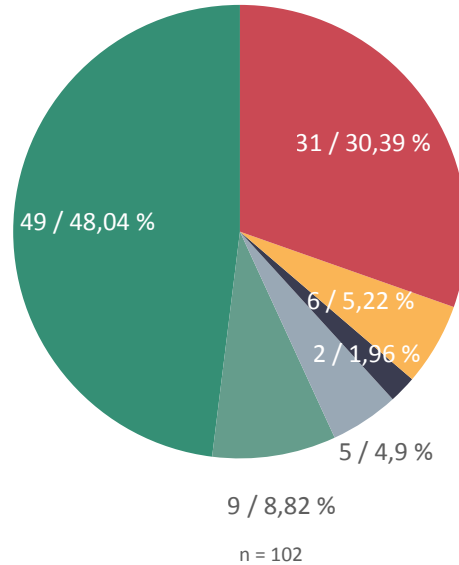
\*\* Die Postbank ist seit 2018 rechtlich mit der Deutsche Bank AG fusioniert und seither als "Postbank – eine Niederlassung der Deutsche Bank AG" im Handelsregister eingetragen.

\*\*\* Eine Nennung von PayDirekt wurde GiroPay zugerechnet, da beide Unternehmen zurzeit fusionieren.

## 6. Bewertung rechtlicher Änderungsmöglichkeiten

Die Idee eines **gesetzlichen Verbots der Ablehnung von rechtlich eindeutig legalen Hanfgeschäften** durch Zahlungsdienstleister und Banken wird von 56,9 % der Teilnehmenden befürwortet, 45,1 % lehnen die Idee ab.

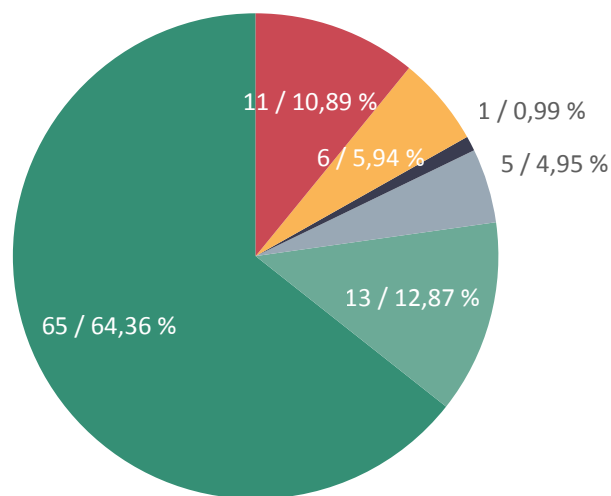
● Sehr Schlecht    ● Eher Schlecht    ● Weiß Nicht  
● Neutral    ● Eher gut    ● Sehr Gut



Befürworter argumentierten u. a. damit, dass die Einschränkungen unverhältnismäßig seien und es auch nicht akzeptierbar sei, wenn nur ein einziger Anbieter (Vaay) akzeptiert wird. Gegner bezeichneten die Idee als Wettbewerbseinschränkend und Einschränkung der Vertragsfreiheit.

Die Idee einer **gesetzlichen Verpflichtung zur konkreten Begründung bei Leistungsablehnungen** durch Banken und Zahlungsdienste wird hingegen von 77,2 % der Befragten befürwortet, 16,8 % lehnen die Idee ab.

● Sehr Schlecht    ● Eher Schlecht    ● Weiß Nicht  
● Neutral    ● Eher gut    ● Sehr Gut

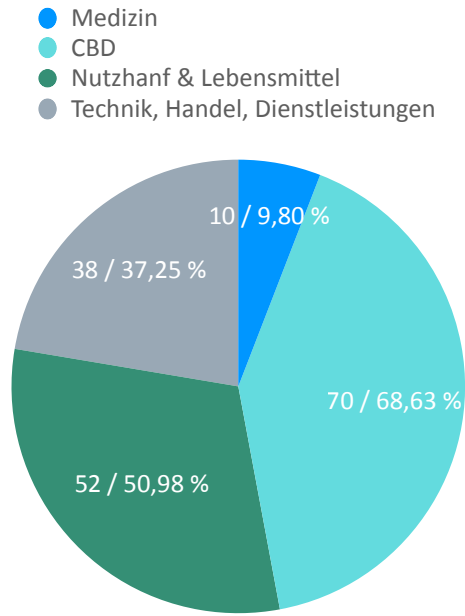


n = 101, grafische Darstellung der absoluten Zahlen

Befürworter argumentierten u. a. damit, das es "reine Willkür" sei, wenn einzelne große Anbieter (Vaay) Paypal nutzen dürfen, kleine Anbieter jedoch durch einfrieren von Geldern in Ihrer Existenz gefährdet werden. Personalisierte Begründungen mit Belegen wurden gewünscht anstelle von pauschalen Verweisen auf die AGB. Gegner befürchteten, dass die Dienstleister auch mit einer gesetzlichen Verpflichtung zukünftig nur mit pauschalen Verweisen auf Ihre AGB ablehnen würden.

## 7. Teilnehmerkreis

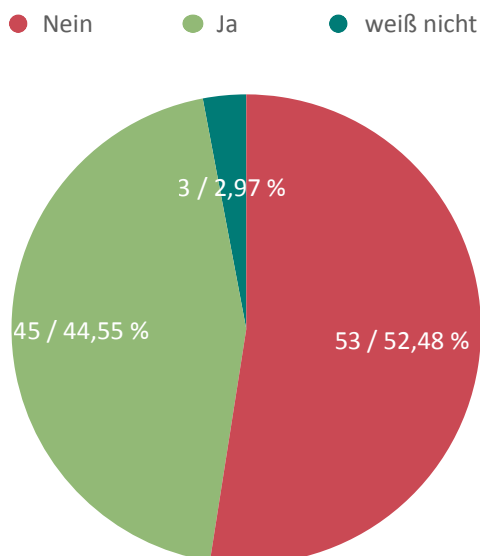
Die Teilnehmenden sind in folgenden Fachbereichen aktiv:



n = 102, 17 Teilnehmende konkretisierten Ihre Angaben, so dass Sie (ggfs. zusätzlich) den anderen Fachbereichen zugeordnet werden konnten. Siehe Anhang sonstige Tätigkeitsbereiche (Anhang 1). Mehrfachnennungen waren möglich.

## 8. Bewertung der Relevanz der Wirtschaftsverbandsarbeit

Die Mehrheit der Befragten ist aktuell noch nicht in einem Verband vertreten:



n = 101



## 9. Zusammenfassung

Die hohe Teilnehmerzahl bestehend aus 102 Unternehmen und Gewerbetreibenden zeigt deutlich, dass ein hohes Interesse an diesem Thema in der Branche besteht. 91 % der Teilnehmenden berichteten von Einschränkungen und Auflagen. Auch da Betroffene stärker zur Umfrageteilnahme motiviert gewesen sein dürften als Nichtbetroffene, war ein hoher Prozentsatz zu erwarten. Unter den Betroffenen bestehen bei 96 % (= 89 Fällen) die Einschränkungen fort.

Bei den Nennungen der verantwortlichen Anbieter wurde deutlich, dass die Schwierigkeiten bei **Paypal** mit 89 % mit Abstand am häufigsten auftreten. Bei Paypal waren Kontosperrungen, Dienstleistungseinschränkungen und das Einfrieren von Geldern besonders häufig. Auch von der Sperrung von Privatkonten wurde berichtet. Zugleich wurde hier mehrfach kritisiert, dass das Großunternehmen **Vaay** – möglicherweise weiterhin als einziges Hanfunternehmen – CBD Produkte mit Paypal handeln kann, während kleine Unternehmen unter den vorgenannten Maßnahmen leiden und sich hierdurch teils in Ihrer Existenz angegriffen sehen.

**Klarna** erzielt mit 48 % den zweithöchsten Wert für Einschränkungen und Auflagen. Bei Klarna ist die Auflage einer schriftlichen Erklärung gegenüber dem Zahlungsdienstleister häufiger als bei allen anderen Anbietern. Es kam sowohl zu Kontosperrungen und Kontoeröffnungsverweigerungen, als auch zu Einschränkungen bezüglich dem Produktportfolio. Zudem könnten die Sonderverträge für die Cannabiswirtschaft im Bereich CBD-Produkte als „Einschränkung oder Auflage“ interpretiert worden sein. Denn Klarna wird, trotz teils langer Bearbeitungszeiten, bei einer Folgenden Frage auch als mit Abstand häufigste Alternative benannt. Der einzige weitere Anbieter, der mehr als zweimal positiv wie negativ erwähnt wurde, ist die **Commerzbank**, zu der auf der aktuellen Datenbasis keine eindeutige Aussage getroffen werden kann.

Weitere Häufungen im Negativbereich erfolgten bei Amazon Pay (40 %), Visa & Mastercard (jeweils 34 %), Stripe (12 %), Deutsche Bank (9 %) sowie N26 & Commerzbank (jeweils 7 %). **Amazon Pay** sperrt – teils kommentarlos – CBD Produkte, was dazu führe, dass Inhaltsangaben verschleiert und Verbrauchertäuschungen gefördert werden, da es dort genüge, nur den Anschein eines hochwertigen CBD-Produkts zu erwecken, um weiter verkaufen zu können. Die **Kreditkartenanbieter** kündigten Verträge für Ladenterminals und sperrten Shops beim Verkauf von CBD-Produkten. Bezüglich **Stripe** wurden u. A. Kontoverweigerungen, Kontosperrungen und das Einfrieren von Geldern berichtet. Bei **Deutsche Bank**, **N26** & **Commerzbank** ist das häufigste Problem die Verweigerung der Kontoeröffnung. Bei der Deutschen Bank wurden zusätzlich eine lange Antragsbearbeitungsdauer und die Verweigerung einer Kreditlinie berichtet. Einschränkend zu diesen Ergebnissen ist festzuhalten, dass für die meisten Unternehmen nur wenige konkrete Aussagen vorlagen.

Die **wirtschaftlichen Schäden** durch die Einschränkungen werden von der Teilnehmenden aus der Branche bisher durchschnittlich auf ca. 60.000 Euro pro Unternehmen / Gewerbetreibenden geschätzt.

Nur 67 % (= 67 Befragte) konnten auf einen anderen Anbieter ausweichen. 61 Befragte legten Ihre Alternativen offen. Mit Abstand die häufigste Alternative ist **Klarna** (34 %), gefolgt von **Sofortüberweisung** (8 %), **Postbank**, **Commerzbank**, **VivaWallet** & **GiroPay** (jeweils 7 %) sowie der **Penta Bank** (jeweils 5 %). Trotz diverser Einschränkungen wie beispielsweise bezüglich der Produktpalette (keine Akzeptanz von Vaporizern, CBD-Produkten, Rauchzubehör), Einschränkung von Zahlungsmöglichkeiten (keine B2B Zahlungen, keine Kreditkartenfunktion) sowie teils langer Bearbeitungszeiten und höherer Preise ist **Klarna** mit Abstand die beliebteste Alternative unter den Zahlungsdiensten. Bei den weiteren häufiger genannten Anbietern enthalten die positiven Kommentare keine Einschränkungen.

Die Idee eines **gesetzlichen Verbots der Ablehnung von rechtlich eindeutig legalen Hanfgeschäften** durch Zahlungsdienstleister und Banken wird mit einer leichten Mehrheit von 57 % der Teilnehmenden befürwortet, 45 % lehnen die Idee ab.

Die Idee einer **gesetzlichen Verpflichtung zur konkreten Begründung bei Leistungsablehnungen** durch Banken und Zahlungsdienste wird von einer deutlicheren Mehrheit von 77 % der Befragten befürwortet, 17 % lehnen die Idee ab.

Die Teilnehmenden brachten zudem eigene **Lösungsvorschläge** ein wie beispielsweise die Vereinbarung von Rahmenverträgen, die rechtliche Klarstellung durch den Gesetzgeber zu Produkten im „Graubereich“, die Gründung eines eigenen Zahlungsdienstleisters, einen Umstieg auf Kryptowährungen sowie den Aufbau von politischem Druck gegenüber Banken.

Das Thema elektronische Zahlung wird teils als besonders wichtig wahrgenommen. Die Rolle von Paypal wird hierbei mehrfach betont, da es der Kundschaft vertraut ist und die Verwendung von **Paypal** laut dem Bericht eines Unternehmers in der Umfrage zur Verdopplung der Konversionsrate führe – bei gleichzeitigem Risiko der „*Existenzgefährdung durch willkürliche Kontosperrung und Geldeinfrierung*“.

**Weitere Themenwünsche** aus der Teilnehmerschaft sind Werbeeinschränkungen von Google, Bing und Facebook, Sperrung von Youtube-Kanälen, drohender Entzug von Verkaufsberechtigungen auf eBay und Amazon sowie die Cannabislegalisierung & Nutzhanfrazzianen.

Teilgenommen haben an der Umfrage **102 Unternehmen und Gewerbetreibende**, die größtenteils in den Bereichen CBD (69 %) sowie Nutzhanf und Lebensmittel (51 %), als auch in den Bereichen Technik, Handel & Dienstleistungen (37 %) und Medizin (10 %) tätig sind.

92 % der Befragten ist die **wirtschaftliche Interessenvertretung** und Einflussnahme auf politische Entscheidungen wichtig, nur 2 % gaben an, dass Ihnen diese unwichtig sei. 45 Befragte (= 45 %) gaben an, bereits durch (mindestens) einen Verband vertreten zu werden. Von diesen 45 nannten 33 Ihre aktuellen Mitgliedschaften. Die Häufigsten Nennungen unter diesen entfielen auf den DHV (82 %), die EIHA (12 %) und Cannatrust (6 %). Bezüglich des BvCW baten 35 der Befragten (= 34 %) um Zusendung von Mitgliedschaftsinformationen.

## 10. Konsequenzen

Die bisherigen Einzelfallberichte decken sich mit den Ergebnissen der vorliegenden umfassenden Umfrage. Durch diese wurden erstmals umfassende Daten zur Thematik erhoben. Diese verdeutlichen, dass es sich hier um ein branchenweites Problem handelt. Der BvCW strebt an, diese potentiell diskriminierenden Praktiken durch die Firmen der Finanzbranche und somit Wettbewerbsnachteile für die Cannabiswirtschaft zu beenden.

Wir danken allen Teilnehmenden ausdrücklich für die Unterstützung der Umfrage. Die Ergebnisse helfen uns, das Ausmaß der Probleme mit Zahlungsdiensten sowie den daraus resultierenden Handlungsbedarf zu belegen und uns stärker gegenüber Politik und Wirtschaft für ein Ende der unverhältnismäßigen Benachteiligungen der Cannabiswirtschaft einzusetzen.

Banken und Zahlungsdienste, die hierbei häufig negativ aufgefallen sind, werden nun vom BvCW aktiv kontaktiert, um Verbesserungen für die Branche zu erreichen. Bei Bedarf werden auch die entsprechenden Fachverbände kontaktiert und auf Gesetzesänderungen hingearbeitet.

Die Positivbeispiele werden mit der Veröffentlichung der wesentlichen Umfrageergebnisse bekannt gegeben, um somit die direkt verfügbaren Alternativen bekannter zu machen.

Viele der weiteren Themenvorschläge beabsichtigen wir sukzessive zu bearbeiten. Aufgrund der Vielzahl an Themen, deren Komplexität sowie des hohen Handlungsbedarf bei zugleich teils starrer Haltung der Gesetzgeber und Gegner benötigen wir umso mehr die Unterstützung der Hanfunternehmen und -Gewerbetreibenden, um die Interessen der Cannabiswirtschaft – also auch Ihre Interessen – baldmöglichst durchsetzen zu können. Bitte werden Sie hierzu, sofern Sie es noch nicht bereits sind, Mitglied im Branchenverband Cannabiswirtschaft e. V.. Bei Interesse informieren wir Sie gerne über [kontakt@cannabiswirtschaft.de](mailto:kontakt@cannabiswirtschaft.de) über Vorteile, Leistungen und Möglichkeiten für Beitragsnachlässe.